

„Leere Hände, leere Hirne“

„Wider Vereinigung“ heißt die Parole, mit der linke Grüne, militante Antifaschisten und DKP-nahe Gewerkschafter ein angeblich heraufziehendes „Viertes Reich“

bekämpfen. Mit der Kampagne wollen sie zugleich gegen die „Untergangsstimmung“ angehen, die seit der DDR-Wende in westdeutschen Linkszirkeln herrscht.

Die West-Berliner Diplom-Sozialpädagogin Sieglinde Frieß, 30, ist Kummer gewohnt. Seit sie vor einem Jahr für die Grünen in den Bonner Bundestag nachgerückt ist, kann sie dort kaum einen Redebeitrag halten, ohne von bitterbösen Zwischenrufen unterbrochen zu werden.

„Haben Sie zu Hause überhaupt einen Mann?“ böllt es aus den Reihen der CSU, wenn die Abgeordnete – laut Bundestagshandbuch „ledig“, „Atheistin“ und Mitglied der „Gesellschaft der Freunde des Sahranischen Volkes“ – zur Familienpolitik spricht. „So ein Quatsch“ oder „Sie sind ja eine echte Linksradikale“, rufen Unionspolitiker dazwischen, wann immer sich „Siggi“, wie ihre grünen Freunde sie nennen, zur Deutschlandpolitik äußert.

Für die Regierungsfractionen ist die Radikalität schwer zu ertragen, mit der die Abgeordnete Frieß die Marktwirtschaft als „perfide Form der Unterdrückung“ verurteilt oder die Streichung des Begriffes „Deutsches Volk“ aus dem Grundgesetz forderte, um auf

diese Weise allen „Bestrebungen zur Wiedervereinigung entgegenzutreten“.

Lieber als ein wiedervereinigtes Deutschland sähen linke Grünen-Abgeordnete wie Siggi Frieß offenbar gar kein Deutschland: „Das Beste wäre für Europa“, zitierte sie vor dem Bundestag



Grüne Vereinigungsgegnerin Frieß „Polen grenzt an Frankreich“

ein Kabarettistenwort, „wenn Frankreich bis an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

Die Abgeordnete will es bei mahnenenden Reden nicht belassen. Gemeinsam mit ihrem Fraktionskollegen Tay Eich, 34, einem demonstrationserprobten Öko-Sozialisten aus Hamburg, koordiniert sie die Vorbereitung einer bundesweiten Großdemonstration „für die Zweistaatlichkeit von Bundesrepublik und DDR“, die im April in Frankfurt am Main stattfinden soll – Motto: „Gegen Chauvinismus, Neofaschismus und Wiedervereinigung“.

Mitmachen in der Einheitsfront der Einheitsgegner will eine gemischte Gesellschaft vom linken Rand des linken Lagers: gläubige Marxisten aus der zerbröckelnden Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die noch bis zuletzt stalinistischen Potentaten wie Ceausescu und Honecker die Treue gehalten hat; militante „Antifaschisten“, die zum Teil in der Tradition von politischen Sekten wie dem Kommunistischen Bund (KB) stehen; Studierstuben-Linke aus dem

Uni-Milieu, die in dem Arbeiter-und-Bauern-Staat DDR einen soziologisch hochinteressanten Laborversuch sahen, ohne daß sie selbst je das Versuchskaninchen hätten spielen wollen.

Schon sind Anti-Einheits-Buttons mit der Aufschrift „Kein Viertes Reich“ geprägt und erste Aufkleber „Wider Vereinigung“ gedruckt. In Fabriken und Büros lassen DKP-Betriebsräte Unterschriftenlisten mit der Forderung „Keine BRDigung der DDR“ kursieren – ihre Begründung: „Wir wollen nicht, daß unsere Mächtigen noch mächtiger werden.“

In Gedichtform setzte sich die Hamburger Grün Alternative Liste (GAL) im jüngsten GAL-Rundbrief mit den Befürwortern einer Wiedervereinigung auseinander. Leseprobe:



Anti-Einheits-Demonstration in München: „Keine BRDigung der DDR“

Plötzlich spielen / wildgewordene / Kleinbürger / aus / Deutschland-West, / schon immer / latent / obszön und neurotisch, / Nietzsche / und werden / zu höhnischen / Herrenmenschen.

Hämisch / überfallen sie / die halbnackten / Menschen / des verunglückten / Realsozialismus. / Aus den / Mundwinkeln / sogenannter / Intellektueller / tropft / der Geifer. / Sie stellen / sich / rülpsend / der völkischen / Aufgabe

Bei Demonstrationen in westdeutschen Großstädten sind neue Aktionsformen gegen eine Wiedervereinigung bereits geprobt worden. In West-Berlin rollte bei einem Umzug unter dem Motto „Unheilbares Deutschland“ ein riesiger güldener Friedensengel mit schwarzrotgoldenem Brett vor dem Kopf über die Straße. Monströse Bananen wurden an Angelschnüren als Köder für Zonies mitgeführt. Auf Transparenten verspotteten Demonstranten die Wiedervereinigungswünsche von DDR-Bürgern mit Blödeleien wie „Schappi für alle deutschen Schäferhunde“ oder „Wiederherstellung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in den Grenzen von 1237“.

Mit solchen Sprüchen, so scheint es, wollen sich jene Teile der Linken selbst Mut machen, die seit der DDR-Wende ziemlich isoliert und diskreditiert dastehen. Noch vor einem halben Jahr hatten sie Wiedervereinigungsvisionen als friedensgefährdende Spinnerei von Rechtsradikalen und Nationalkonservativen abgetan – nun zeigen Umfragen, daß nicht weniger als 76 Prozent der DDR-Bürger und 74 Prozent der Westdeutschen diese Einheit anstreben, und nicht einmal mehr der Kreml blockiert den Weg dahin.

„Gorbatschow ist gemein“, kommentierte, nur halb im Scherz, die alternative Tageszeitung ihre Mitteilung, auch der Moskauer KP-Chef habe „keine Einwände mehr gegen eine Einverleibung der DDR“. Als Ministerpräsident Hans Modrow seinen Vereinigungsplan vorstellte, schlagzeilten die linken Blattmacher: „Modrow übergibt sich.“

Gar nicht witzig finden viele Linke, was sich seit Monaten in der DDR vollzieht. Jahrelang sei manch einer von ihnen, urteilte der DDR-Schriftsteller Rolf Schneider, „derart in den Status quo verliebt“ gewesen, daß er nach der Maueröffnung plötzlich „mit offenem Mund, leeren Händen und leeren Hirnen“ dagestanden habe.

Die Ratlosigkeit der Linken ist grenzübergreifend. Auf dem jüngsten Kon-



Anti-Einheit-Demonstrant in Leipzig
Sind wir zwei Völker?

greß der Peter-Weiss-Gesellschaft in Frankfurt klagte die Leipziger Germanistin Christa Grimm: „Was sich in diesen Wochen abspielt, ist von jedem, der irgendwie links denkt, nicht auszuhalten“ – jedenfalls nicht von jenen Linken, die sich und anderen vorgemacht hatten, der SED-Staat sei das bessere Deutschland, und die nun von jedem Übersiedler Lügen gestraft werden.

„Untergangsstimmung“ bei West-Linken registrierte der radikale Arbeiterkampf, „Mißtrauen, Angst, Enttäuschung und Perspektivlosigkeit“ die stellvertretende Vorsitzende der DKP, Ellen Weber. Jetzt übt auch die allzeit streng SED-hörige DKP-Spitzenfrau Selbstkritik: „Unser idealisiertes Sozialismusbild stand uns im Wege“, sagt sie nun, die „Fehler und Deformationen“ im DDR-Staat „richtig zu beurteilen“.

Katzenjammer macht sich breit, wenn die Veteranen der 68er Studentenrevolte in diesen Wochen zusammenhocken. Hatte nicht manch ein Linker ein reichlich undifferenziertes, schwarz-weißes Weltbild – grob gerastert wie das von Ronald Reagan, der die Sowjetunion als das „Reich des Bösen“ verteufelte? Hatte nicht manch ein Antikapitalist, den Demo-Ruf „USA-SA-SS“ auf den Lippen, seinerseits alles Böse im Westen geortet und Berichte über Menschenrechtsverletzungen im Osten schlichtweg

als CIA-Lügenpropaganda abgetan?

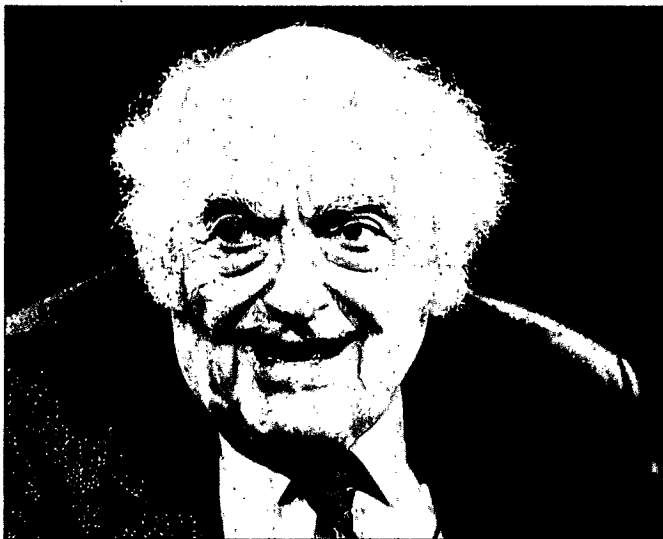
„Ich habe in den vergangenen 20 Jahren viel geschrieben. Doch ‚Stasi‘ ist in meinen Texten nie vorgekommen“, gestand der Bremer Politologie-Professor Detlev Albers, 46, einstmaliger Aktivist im Sozialdemokratischen Hochschul-Bund, auf einer Tagung des Bundes Demokratischer Wissenschaftler in Hannover. Und bei einem Linken-Treffen in West-Berlins Freier Universität räumte der Politologe Urs Müller-Plantenberg ein, wie „menschenverachtend“ kommunistische Regime wie das in Rumänien gewesen seien, das „haben wir nicht wissen wollen“.

Der Historiker Niels Kadritzke, ein Apo-Streiter aus der Generation des Rudi Dutschke, sinnierte bei demselben Treffen selbstkritisch, die antiautoritäre Linke habe Ende der sechziger Jahre die „Totalitarismustheorie“ (über die Wesensverwandtschaft von Nationalsozialismus und Kommunismus) auf die Gleichung „Rot gleich Braun“ versimpelt, um sie pauschal verwerfen zu können.

Zu schaffen macht vielen Linken die Rolle der Werktätigen in der DDR-Revolution. Solange die Massen in Leipzig und anderswo „Wir sind das Volk“ skandierten, war ihnen die Sympathie der westdeutschen 68er gewiß. Seit zum Teil dieselben Montagsdemonstranten „Wir sind ein Volk“ rufen, gelten sie manchem West-Linken nicht mehr als revolutionäres Subjekt, sondern nur noch als nationalistischer Mob.

Im Februar-Heft des Hamburger Monatsblattes *Konkret* macht dessen Herausgeber Hermann L. Gremliza, 49, den demonstrierenden DDR-Arbeitnehmern nicht eben Komplimente: „Das einzige große Verbrechen“ der Honeker-SED, urteilt der Altlinke, sei es gewesen, „ein Volk zu hinterlassen“, das „besonders montags beweist, daß es die Brüder und Schwestern hüben an Dummheit, Feigheit, Raffgier, Fremdenhaß und Chauvinismus noch übertrifft“.

Ähnlich verächtlich wie der westdeutsche Verleger äußern sich etliche der vergleichsweise privilegiert lebenden DDR-Schriftsteller, die, zusammen mit langjährigen SED-Funktionären und einem Teil der von der SED aufgezogenen Studentenschaft (siehe Seite 136), den Kern der ostdeutschen Einheitsgegner ausmachen. Stefan Heym, 76, beispielsweise, der im letzten Jahr einen intellektuellen Aufruf zur Rettung der Zweistaatlichkeit („Für unser Land“) mit unterzeichnete,



Zweistaatler Heym, Widersacherin Maron: „Ekel vor den Tischmanieren eines Ausgehungerten“

sah in den DDR-Arbeitern, die es nach Jahrzehnten der Einmauerung westwärts drängte, „eine Horde von Wütigen“ auf der „Jagd nach dem glitzernden Tinnel“, die „mit kannibalischer Lust in den Grabeltischen“ von „westlichen Krämern“ wühlten.

Solche Gehässigkeiten wecken Widerspruch, auch bei Linken. Die jetzt in Hamburg lebende DDR-Schriftstellerin Monika Maron, 48, geißelte das hochmütige Heym-Urteil letzte Woche im SPIEGEL-Essay als Ausdruck der „Arroganz des Satten, der sich vor den Tischmanieren eines Ausgehungerten eckelt“.

Viele linke Intellektuelle, ob in Ost oder West, tun sich schwer, die politischen Beweggründe der Schwarz-Rot-Gold schwenkenden, nach Einheit schreienden DDR-Bürger zu analysieren. Manch einer, vor allem aus der einstigen SED und aus dem Umfeld ihrer westdeutschen Schwesterpartei DKP, sieht schlicht Nazi-Ungeist am Werk.

Andere, die genauer hinsehen und hören, erkennen die sozialen Beweggründe der Montagsdemonstranten. „Die Leute rufen Einheit und meinen Markt“, urteilt ein Delegationsmitglied, das vorigen Monat mit dem Stuttgarter Ministerpräsidenten Lothar Späth in die DDR gereist war. Und die Hamburger *Zeit* notierte:

Wenn die Bürger in der DDR „Deutschland – einig Vaterland“ rufen, dann meinen die meisten wohl „Demokratie jetzt!“, dann meinen sie „volle Regale“, dann meinen sie „Umweltschutz sofort!“ Daß ein Anschluß an die Bundesrepublik all diese Wünsche in Windeseile erfüllt, ist ihre Hoffnung – wer wollte sie ihnen verübeln?

Die Wiedervereinigungswünsche der DDR-Bürger kollidieren mit dem „nationalen Trauma“, unter dem die deutsche Linke in Ost wie West leidet, wie der Hager Historiker Peter Brandt meint. Brandt, 41, ein Sohn des SPD-Ehrenvor-

sitzenden, glaubt, daß die historische „Ausgrenzung der Linken“, erst als „Reichsfeinde“, später als „Novemberverbrecher“ und als „jüdische Marxisten“, ein „latentes Mißtrauen gegenüber dem eigenen Volk“ erzeugt habe – „und die Furcht, von dem einmal entfesselten Furor teutonicus überrollt zu werden“.

Das Trauma mag dazu beitragen, daß sich eingefleischte Linke, am Rande und jenseits der SPD, geradezu verzweifelt an die Zweistaatlichkeit klammern. So schreibt der *Arbeiterkampf*, die geographische und politische „Begrenzung“ Westdeutschlands habe den Vorteil gehabt, daß sie dessen „expansionistisches und vielleicht sogar faschistisches Potential in den letzten 40 Jahren bändigte“.

Daß die so gepriesene Stacheldraht-Grenze niemals durch eine demokratische Abstimmung legitimiert worden ist,



Historiker Brandt
„Furcht vor dem Furor teutonicus“

daß eine dauerhafte Teilung gegen den Willen von Bevölkerungsmehrheiten in Ost- und Westdeutschland ein Verstoß gegen die Grundprinzipien von Demokratie und Selbstbestimmung wäre – derlei Gegenargumente irritieren Linke dieser Schattierung nicht.

„Für ‚Deutschland‘ darf es kein nationales Selbstbestimmungsrecht geben“, heißt es im jüngsten *Arbeiterkampf* – unter der Überschrift: „Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß“.

Zur Begründung greift der Autor, ein „Jürgen“ vom „Kommunistischen Bund Stuttgart“, auf einen von ihm so genannten „sozialpsychologischen Ansatz“ zurück: „Der Deutsche“ – als Prototyp verstanden – „sei nun einmal „für nationalistiche Politik in ihren schlimmsten Spielarten anfälliger als andere Völker“. Die Linke müsse „dem rechten Slogan ‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein‘ entgegenstellen: ‚Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein‘“.

Weil sie dem ewigen Deutschen so tief mißtrauen, haben einige Linke vom Rande des demokratischen Spektrums selbst zur Forderung nach freien Wahlen für DDR-Bürger ein gebrochenes Verhältnis. Schließlich habe Hitler seinen Staatsstreich „auf einen Wahlsieg gründen“ können, folglich sei „auch Auschwitz ein Resultat von freien Wahlen“ gewesen, schrieb letztes Jahr der DDR-Schriftsteller Heiner Müller, 61. Das kommunistische *Neue Deutschland* (ND) druckte das Müller-Wort im Dezember ab, das Hamburger *Konkret* zitierte es, offenkundig zustimmend, in seiner jüngsten Ausgabe.

Sicher scheint, daß die Wiedervereinigungsgegner im Umfeld von *UZ*, *ND* und *Konkret* derzeit weniger Aussichten denn je haben, bei freien Wahlen auch nur Anerkennungserfolge zu erzielen. Die einzigen West-Parteien jedenfalls, die noch für die Beibehaltung der Zwei-

staatlichkeit kämpften, kamen bei der Saarwahl auf kümmerliche Ergebnisse; die Grünen auf 2,5 Prozent, die DKP auf 0,1 Prozent, landesweit 919 Stimmen. Und die wichtigste Ost-Partei, die hinhaltenden Widerstand gegen eine Wiedervereinigung leistet, die SED-Nachfolgerin PDS, kann Umfragen zufolge gerade noch mit fünf bis zwölf Prozent der Stimmen rechnen.

So isoliert sind die Einheitsgegner aus der alten Einheitspartei mittlerweile innerhalb der DDR-Bevölkerung, daß viele es kaum noch wagen, die deutsche Teilung öffentlich zu verteidigen. Die kommunistische Freie Deutsche Jugend (FDJ) ließ im Januar zwar Plakate „für eine starke DDR“ und „gegen eine Vereinigung unter kapitalistischen Vorzeichen“ drucken – doch kaum ein Mitglied mochte so etwas noch kleben.

Während in Städten wie Leipzig allwöchentlich Zehntausende für eine Wiedervereinigung demonstrieren, vermochten die Ost-Berliner Organisatoren einer Menschenkette gegen die deutsche Einheit Ende Januar lediglich 500 Teilnehmer zu mobilisieren, die „Nie wieder Deutschland“ riefen. Sechs Wochen zuvor waren einem Aufruf der SED-PDS zu einer Demo „gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung“ immerhin noch 5000 Ost-Berliner gefolgt.

Junge Einheitsgegner, die sich in Leipzig unter die Montagsdemonstranten mischen, brauchen von Woche zu Woche mehr Mut. „Das war lebensgefährlich“, berichtet der Philosophiestudent Jens Behrens, 25, über seinen Demo-Auftritt unter einem Transparent mit der Parole „Gegen die Wiedervereinigung“: Militante Einheitsverfechter, erzählt der Student, „haben uns dauernd ihre Fackeln unter die Nase gehalten“.

Seit auch SED/PDS-Spitzenleute wie Gregor Gysi, im Gefolge Gorbatschows, die Überwindung der Zweistaatlichkeit als „historisch unaufhaltsamen Prozeß“ bezeichnen und wichtige Oppositionsgruppen wie das Neue Forum ihren anfänglichen Widerstand gegen eine Wiedervereinigung aufgegeben haben, scheinen die Spaltungsverfechter in der DDR auf verlorenem Posten zu stehen.

„Rote aus der Demo raus“, gesungen nach der Melodie „Ja, mir san mit'm Radl da“, schallt ihnen entgegen, auch „Stasi-Kinder“, „Wandlitz-Kinder“, „Ab nach Rumänien“ und immer wieder „Ihr müßt erstmal arbeiten lernen“.

In ihrem Parteiblatt *UZ* fanden Westdeutschlands Kommunisten kürzlich eine Reportage über eine „Reise in ein fremdes Land“ (Überschrift), in der zu lesen war, wie es mittlerweile ihren Gesinnungsgenossen in der DDR ergeht. Aus Leipzig berichtet ein *UZ*-Reporter:

„Nimm die Perücke ab“, wird einem jungen Mann mit kleiner DDR-Fahne und langen Haaren ins Gesicht geschrien. Dem zaghaften Ruf der Gruppe nach

„Meinungsfreiheit“ folgt eine wilde Verfolgung durch die Straßen in Richtung Menso, wohin sich die Leute flüchten . . . Die Jäger stammen aus der DDR-Arbeiterklasse.

In der DDR-Arbeiterklasse stoßen die Warnungen der jungen Wiedervereinigungsgegner vor einem „Ausverkauf der DDR“ und vor einem Abbau ihrer „sozialen Errungenschaften“ und ihrer „antifaschistischen und humanistischen Werte“ weithin auf taube Ohren.

Obleich das Tempo der Entwicklung – Deutschland, eilig Vaterland – zunehmend auch Ängste weckt, ist das Modell Westdeutschland für die meisten nach wie vor attraktiv. Denn unübersehbar ist mittlerweile der wirtschaftliche Ruin der DDR, wo ja „der Ausverkauf seit Jahrzehnten stattgefunden hat“, offenkundig sind nun die Machenschaften der „unkontrollierten Geheimpolizei“ wie auch die „Militarisierung bis in die Schulen und Kindergärten“ (Monika Maron).

Den Zorn vieler Einheitsbefürworter erregen solche Linken im Westen, die ihren Kampf gegen eine Wiedervereinigung großspurig als „antifaschistischen Widerstand“ ausgeben. „Woher nehmen sie das Recht“, empört sich auch die Schriftstellerin Maron, „jene, die ihrer Logik nicht folgen wollen, nationalistischer, sogar rechtsradikaler Motive zu verdächtigen?“

Ihre Forderung „Hände weg von der DDR“ begründeten letzten Monat etwa die Organisatoren einer Hamburger Demonstration damit, „daß ein Großdeutschland ständig eine Quelle der Aggression und Bedrohung gewesen ist“. Daher die Parole: „Für die Souveränität der DDR . . . Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ – unterzeichnet von diversen „Antifa-Komitees“ sowie von der „DKP Hamburg“. Der Versuch der West-Lobby des einstigen Stasi-Staates, immerfort den Teufel „Viertes Reich“ an die Wand zu malen, um in der DDR dem Kommunismus, diesmal dem wahren, noch einmal eine Chance geben zu können – diese Strategie weckt auch unter radikal linken Bündnispartnern Zweifel.

Die „traditionellen Warnungen vor einem drohenden Faschismus und drohenden Kriegsabsichten der imperialistischen Länder, besonders einem möglicherweise wiedervereinigten Deutschland“, würden „durch die besinnungslose Wiederholung“ in der jetzigen Situation zur „Farce“, heißt es im *Arbeiterkampf*: „Eine neue politische Glaubwürdigkeit kann man so nicht gewinnen.“

Umstritten ist links von der Mitte auch das von Theologen gern vorgebrachte Argument, die Teilung der Nation sei ein Ergebnis des Hitlerdeutschland angezettelten Zweiten Weltkriegs und müsse schon aus diesem Grund dauerhaft respektiert werden – gleichsam als Buße.

Geschichtskundige Sozialdemokraten wie der Hamburger Klaus von Dohnanyi,



Männermode
in Bewegung
bugatti
GORE-TEX
WATER-RESISTANT
BREATHABLE

Im guten Fachhandel.

Mäntel · Jacken · Blousons · Hemden
F.W. Brinkmann · D-4900 Herford

61, korrigieren diese Ansicht: „Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges war nicht die *Teilung* Deutschlands, sondern die *Besetzung* Deutschlands.“ Geteilt worden sei das Land später deshalb, „weil sich die Alliierten des Krieges im Frieden zerstritten haben“.

Mit prominenten Mitstreitern aus Dohnanyis SPD können die Einheitsgegner bei ihren geplanten Aktionen kaum rechnen. Spätestens seit West-Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper die Deutschen nach dem Mauerbruch zum „glücklichsten Volk der Welt“ erklärt hat und Willy Brandts DDR-Auftritte die Hoffnung nähren, die Sozialdemokraten könnten zur stärksten der Parteien in der Volkskammer werden, sind die meisten parteiinternen Zweifler auf Einheitskurs gegangen.

Auch bei den Bonner Grünen, die sich noch vor kurzem als die „einzige deutschlandpolitische Opposition im Bundestag“ (Fraktions-sprecherin Antje Vollmer) bezeichneten, kippt die Front der Wiedervereinigungsgegner. Immer mehr Mitglieder wenden sich gegen ihre Bonner Spitzenleute und deren „starres Festhalten an der Zweistaatlichkeit“, wie der bei den jüngsten Landtagswahlen jämmerlich gescheiterte Saar-Landesverband rügte.

Auf einer Delegiertenkonferenz suchten die Saar-Grünen die Schuld am Wahlschicksal nicht zuletzt bei der Bundesführung, der sie „Realitätsverlust und Dogmengläubigkeit“ vorwarfen. Wenn die Partei in einer Zeit, „wo alle Sozialismusmodelle den Bach runtergehen“, weiterhin „Klassenkampfparolen auf die Tagesordnung“ schiebe, werde sie sich immer mehr zur „Splittergruppe“ entwickeln.

In Hamburg kritisierte das Ex-Landesvorstandsmitglied Kurt Edler jene Linken, die „bisher immer auf der Seite der sozial Schwachen“ standen, nun aber „mit vollem Mund die DDR-„Bananenfresser“ zur Mäßigung“ mahnen:

Fast wirkt es so, als trauere der unverbesserliche Teil der Linken der Mauer nach. Wer die wütenden Volksverächter in *Arbeiterkampf*, *Konkret* usw. liest, muß sich fragen, wieviel Gefühlskälte jemand aufbringen muß, um im November nicht gerührt gewesen zu sein. Und da traben sie dann mißmutig irgendwo hinten, weit abgeschlagen, etwa zwischen Honecker und Krenz, einem historischen Prozeß hinterher, den sie nur deshalb nicht wollen, weil er die eigene Utopie in Frage

stellt. Und das, obwohl die DDR-Volksbewegung mit nichts weiter begonnen hat als mit der Forderung nach einfachsten Menschenrechten.

Der Bonner Fraktionsmitarbeiter Udo Knapp konstatierte vorletzte Woche in einer öffentlichen Erklärung, der Streit um die Deutschlandpolitik sei mittlerweile entschieden: „Die DDRler ... wollen die Einheit – wir wollten sie mit guten Argumenten nicht. Jetzt müssen wir damit leben – basta!“

Knapp traf eine an der Basis weitverbreitete Stimmung, die sich wenig später auch in der Grünen-Fraktion des Bundestags entlud: wachsender Unmut über die Fundamentalisten und Ökosozialisten, die zum Teil aus kommunistischen

„Die Partei hat vor der Realität resigniert“, kommentierte die *Frankfurter Rundschau* den knappen Beschluß. Gleichwohl setzte Sprecherin Vollmer unbeirrt ihre Attacken auf die SPD fort, der sie vorwarf, sie nähre mit ihren Wiedervereinigungsvorstellungen die „Schlangenbrut Nationalismus, Chauvinismus, Revanchismus“. Fraktionskollegen führten daraufhin Klage, Frau Vollmer mißachte Mehrheitsbeschlüsse und produziere nur „neue Irritation“.

Welcher Kurs auch immer sich bei den Grünen in den nächsten Wochen durchsetzt, selbst viele Zweistaatler rechnen damit, „daß es – unter welchem Tarnnamen auch immer – zwangsläufig zur Wiedervereinigung kommt“, wie der Schriftsteller Günter Graß, 62, bei der jüngsten kirchlichen Akademietagung im bayerischen Tutzing sagte.

Graß hält ein vereintes Groß-Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern aus historischen Gründen für unvernünftig – schließlich sei ein deutscher Einheitsstaat die „Voraussetzung für Auschwitz“ gewesen.

Die Graß-These warf in der Debatte Fragen auf, die in der *FAZ* so resümiert wurden: „Ist Geschichte Wiederkehr des Immergleichen? Und gilt etwa der Umkehrschluß, daß die Verhinderung eines solchen Staates die Wahrscheinlichkeit künftiger Verbrechen irgendwie mindert? Könnte nicht auch das Umgekehrte gelten: Wer das staatliche Zusammenkommen der Deutschen ausschließt, fördert gefährlichen, weil trotzigen Nationalismus?“

Das Allerschlimmste, gab der greise Berliner Ex-Bürgermeister und Ex-Pfarrer Heinrich Albertz, 75, den linken Einheitsfeinden zu bedenken, wäre es, das Thema Patriotismus den Rechten zu überlassen – also jenen, die damit „aller Voraussicht nach groben Unfug treiben“ würden. Nicht noch einmal, beschwor auch Willy Brandt das Tutzinger Publikum, dürfe „die Vertretung nationaler Fragen in die falschen Hände geraten“.

Derweil scheint der grüne Querdenker Knapp die traditionellen Ost-West- und Rechts-Links-Konflikte für Kontroversen von gestern zu halten. „Der Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus ist erledigt“, verkündet er, „im 21. Jahrhundert müssen andere Fragen dominieren“ – allen voran „die Gattungsfrage“, soll heißen: „die Frage des umweltverträglichen Überlebens der *einen* Menschheit“.



Eulenspiegel, Ost-Berlin

Grüppchen wie dem Kommunistischen Bund hervorgegangen und politischem Sektierertum noch immer keineswegs abhold sind.

In der Debatte pro und contra Einheit bestand Fraktions-sprecherin Antje Vollmer darauf, weiterhin „beide Möglichkeiten zu denken“. Mehr Widerhall fanden Abgeordnete wie Alfred Mechtersheimer und Hubert Kleinert mit der Forderung, die „doktrinaire Position der Zweistaatlichkeit“ aufzugeben.

Von 21 Anwesenden stimmten 11 nach fünfständiger Debatte schließlich einem Formelkompromiß zu, demzufolge einerseits „die Grundlagen für ein Festhalten an der Zweistaatlichkeit entfallen sind“, andererseits „ein Nationalstaat“ kein „wünschenswertes Ordnungsprinzip für die beiden deutschen Staaten“ ist.